

# Correspondent

Ersteit

für

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.

Preis  
vierteljährlich 65 Pfennig.

Dienstag, Donnerstag,  
Sonabend.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Jährlich 150 Nummern.

41. Jahrg.

Leipzig, Dienstag den 4. August 1903.

№ 89.

## Die paritätischen Arbeitsnachweise.

I.

Ein Thema, was im Corr. bis jetzt zweifellos vernachlässigt ist. Da werden die unglaublichsten Dinge vorgebracht, die kleinsten Wichtigkeiten breitgetreten, bereits zu Tode gerittene Fragen mit der Regelmäßigkeit eines Naturgesetzes wieder und wieder dem geehrten Leserpublikum serviert, Sachen von wenigstens einiger Bedeutung hingegen fast immer langweilig und fast- und kraftlos von den Einsendern behandelt — an das so überaus gewichtige Kapitel der Arbeitsvermittlung wagt sich aber selten oder gar niemand heran. Und doch haben verschiedene Verlautbarungen im Corr. gezeigt, daß auf diesem diffizilen Gebiete noch so manche Schwierigkeiten zu beheben sind und daß weiter sehr große Unklarheit bei uns über die Arbeitsnachweisfrage vorhanden. Wenn ich mich nun kühnlich vermesse, dieses Blümchen Nährmichnichtan einmal etwas näher zu befehen, so ist mir die endlich erfolgte Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise in Leipzig und Hamburg die äußere, die im Vorstehenden wiedergegebene Wahrnehmung die eigentliche Veranlassung; schließlich dürften auch die Ansichten eines Praktikers nicht so ganz wertlos sein.

Die Anschneldung dieses Kapitels bedingt eigentlich ja eine eingehende, bis in die ersten Anzeichen und Anfänge wirklicher Arbeitsvermittlung zurückgreifende Behandlung. Eine derart umfassende Arbeit würde jedoch in den Rahmen einer vornehmlich der praktischen Seite der Sache — der allgemeineren Bewirklichung und der durch die Schule der Erfahrung geläuterten Verlebendigung — gewidmeten Betrachtung nicht passen, auch des nicht geringen Umfangs wegen kein oder wenigstens nicht das richtige Interesse bei der Mehrheit der Leser finden. Mit dem Durchschnittspublikum hat aber noch stets paktiert werden müssen, selbst der auf den sonnigsten Höhen wandelnde Schöngest muß sich zu Konzessionen an die breite Masse bequemen, will er nicht Lust bleiben für die so heiß begehrten verehrlichen und geehrten Leser.

Der der Arbeitsnachweisfrage größeres Interesse und Verständnis entgegenbringende Leser wird erst nach dem wenn auch nur teilweisen Studium der hierüber erschienenen Schriften und Abhandlungen die Bedeutung dieses Teiles unserer Sozialpolitik richtig ermessen und die vielen sich daran knüpfenden Irrungen, die häufigen und erbitterten Kämpfe um den Arbeitsnachweis verstehen lernen. Es ist zwar eine etwas seltsame Erscheinung, daß über die praktische Seite der Arbeitsvermittlung verhältnismäßig wenig geschrieben, während doch über die damit eng verbundene Frage der Arbeitslosenversicherung in den letzten zwei Jahren eine reichliche Fülle von auch die kleinsten Details erfassenden Abhandlungen und größeren Studien erschienen ist.

Von der Leibeigenschaft und dem Sklavenhandel, den Gesindevermietern und -Bermieterinnen, dem nicht einwandfreien Stellenvermittlungswesen, dem sich bis jetzt noch erhaltenen Umschauen, den Arbeitsnachweisen der früheren Fachvereine, den Innungsnachweisen, der geregelteren gewerkschaft-

lichen Arbeitsvermittlung, den mancherlei gemeinnützigen Nachweisanstalten und den als Maßregelungsbüreaus bekannten Unternehmensnachweisen bis zu den kommunalen auf bürokratischer oder paritätischer Grundlage beruhenden sowie den örtlich beschränkten oder ganze Gewerbe umfassenden gemeinsamen Arbeitsnachweisen ist allerdings ein bewegtes, die Schwierigkeit des Problems richtiger Arbeitsvermittlung am besten charakterisierendes Durcheinander. Und daß wir trotz der vielen und alten Forderungen nach Arbeitsämtern, den neueren nach gemeindlichen Nachweisen auf paritätischer Grundlage und eben solchen für bestimmte Gewerbe zu schaffenden, daß wir trotz aller Erfahrungen durchaus noch nicht durch Gähnung zur Klärung gekommen sind, ist an folgender kleinen Aufstellung zu ersehen.

An der Berichterstattung für das Reichs-Arbeitsblatt beteiligten sich im Juni 526 über ganz Deutschland verteilte Arbeitsnachweise. Von diesen sind 177 Innungs- und 30 sonstige Unternehmensnachweise, d. h. bei 207 Nachweisen gleich 39,37 Prozent wird in einseitiger Weise Arbeitsgelegenheit vermittelt, wird unter dem Angebote sorgfältige Auslese getroffen. Die kommunalen oder ganze Kreise umfassenden Nachweise sind in der Zahl von 144 gleich 26,85 Proz. vertreten, die nächstfolgende größere Gruppe bilden die Nachweise der freien Gewerkschaften mit 105 gleich rund 20 Proz., während die gewerblichen paritätischen Arbeitsnachweise — von der Aufzählung der noch beteiligten sieben anderen Arten von Nachweisen sehe ich ab — nur mit 15 gleich 2,66 Proz. Verzeichnung finden.

Dieses Bild zeigt uns so recht, wie rückständig doch die ganze Arbeitsnachweisfrage bei uns noch ist. Hätten die Regierungen der Bundesstaaten den Verlangen nach gemeindlichen, der Unternehmenswillkür entrückten Arbeitsnachweisen nicht in der Weise wie geschehen Rechnung getragen, würde das Verhältnis noch ein weit schlechteres sein. So aber ist vornehmlich in Süddeutschland durch Errichtung der inzwischen sehr gut ausgebauten städtischen Nachweise — offiziell Arbeitsämter genannt — den zahllosen ungelerten männlichen und weiblichen Arbeitern ein ganz wesentlicher Dienst erwiesen. Für Preußen sollen ebenfalls in allen Städten von 10000 Einwohnern an kommunale Arbeitsnachweisstellen mit paritätischer Verwaltung geschaffen werden und ist wiederholt zur Bildung solcher von der Regierung aufgefordert worden.

Der Ring der gemeindlichen Nachweise ist also in Süddeutschland zum Abschluß gekommen. In Sachsen ist man merkwürdigerweise in diesem Falle einmal dem größten deutschen Bundesstaate eine Kleinigkeit voraus, während in Preußen selbst noch manches Hindernis zu beseitigen sein wird. Es wäre ja auch ein Wunder, wenn von seiten der Unternehmer nicht alles versucht würde, eine Demotratifizierung der Arbeitsvermittlung hintanzufalten. Alle für eine solche Reform sprechenden Momente verfangen nicht; die auf dem letzten Verbandstage der deutschen Arbeitsnachweise — jener um die Förderung des Arbeitsnachweiswesens so verdienten Vereinigung — nach allen Seiten beleuchtete Not-

wendigkeit einer umfassenden Regelung dieser Frage, ihre Bedeutung für die Kenntnis des Wirtschaftsmarktes und die Möglichkeit, mittels dieser Einrichtung die Krisengefahr abzuschwächen, alles dies hat in norddeutschen Unternehmenskreisen nicht den geringsten Eindruck gemacht.

Während die gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter unter Anführung der Stuttgarter seit Jahren die Schaffung von kommunalen Arbeitsnachweisen fordern und diesem ihren Verlangen auch zu einem großen Teile und, wie das Beispiel in Stuttgart zeigt, sogar in vorzüglicher Weise entsprochen ist, während die freien Gewerkschaften mit Beseitigung der Berliner Kongressresolution: „Grundsätzlich abzulehnen ist jede Erwägung der Möglichkeit einer gemeinsam geführten Arbeitsvermittlung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber“, auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongresse einen ganz gehörigen Lapsus wett gemacht haben, verharren die Arbeitgeberverbände mit samt den Innungen in ihrer Negation. Ihr Standpunkt, daß die kommunalen Arbeitsnachweise „geeignet seien, den Bestand und die weitere Entwicklung von Industrie und Gewerbe zu untergraben und zu hemmen“, ist auch heute noch derselbe. Ihre damalige Antwort an die Erneuerung hat ja auch erst unlängst wieder eine Erneuerung in einer von dem Metallindustriellen-Verbande an den preussischen Handelsminister gerichteten Erklärung gefunden, worin als Grund der puren Ablehnung der paritätischen Arbeitsnachweise angegeben wird: „... Weil dieselben nach der Schablone arbeiten und ohne Ansehen der Person der Reihe nach den Arbeitgebern zuweisen. Aber auch aus anderen Gründen ist die Verhinderung der obligatorischen Einführung der paritätischen Arbeitsnachweise eine Existenzfrage für die Industrie.“

Auch die Handelskammern von Hamburg und Leipzig haben seinerzeit in einer Denkschrift gegen die paritätischen Arbeitsnachweise ausgeführt: „Die obligatorische Errichtung solcher durch die Gemeinden würde nur der Anfang einer Entwicklung sein, welche die Industrie unbedingt gänzlich der Sozialdemokratie überliefern müsse. Die Industrie strebe keine Machtstellung an, sie kämpfe für ihr Bestehen.“ Die Herren schwören also weiter auf den Freientkämp und auf ihre Kabinettmännerbüreaus. Sie fabulieren sich eine Untergrabung von Industrie und Gewerbe zusammen, wo es sich in erster Linie um einen auch ihnen nützlichen Ausbau notwendiger und zum Teile schon bestens bewährter Einrichtungen, in zweiter Linie aber nur um einfache Forderungen der Gerechtigkeit handelt. Wenn man aber gegen das Verlangen nach Beseitigung dieser Maßregelungsbüreaus und dadurch zu erreichender Beschränkung wenn nicht Beseitigung der schwarzen Listen nur einen solchen Popanz wie das Märchen von der Untergrabung der Industrie zu stellen weiß, dann ist damit wohl die ganze Sinnlosigkeit dieses Standpunktes erwiesen. Diese Stellung mehr und mehr zu erschüttern, ist eine bis jetzt leider noch nicht ernsthaft genug behandelte Aufgabe unserer gewerkschaftlichen Organisationen. Von ihrer Lösung hängt viel, unendlich viel ab,

ihre Gelingen bedeutet nichts mehr und nichts weniger als den Sieg über die Unternehmerautokratie!

Bei dieser Sachlage ist die Beteiligung von 105 Gewerkschafts-Arbeitsnachweisen an der Berichterstattung für das Reichs-Arbeitsblatt nicht zu verwundern, denn diese Zahl beweist doch zunächst, daß reine Arbeiternachweise in noch größerem Maßstabe vorhanden sind. Das reichsstatistische Amt hat bei Einführung der Berichterstattung eine bestimmte Anzahl von Vermittlungen pro Jahr als Vorbedingung zur Beteiligung gemacht, scheint aber von deren strikter Einhaltung abgegangen zu sein, denn von den in der tabellarischen Uebersicht aufgeführten erreichen wohl viele die vorgeschriebenen Vermittlungen nicht. Demnach wäre mit Ausnahme der behördlichen noch eine ganze Anzahl weiterer Arbeitsnachweise in Deutschland vorhanden, auch die nur mit 15 vertretenen paritätischen Arbeitsnachweise sind doch nicht so dünn gesät. So sind von den paritätischen Arbeitsnachweisen der Buchdrucker nur die von Berlin, Chemnitz, Nürnberg und Dresden an der Berichterstattung für das Reichs-Arbeitsblatt beteiligt, die übrigen 33 halten jedenfalls auf Grund der bekannt gegebenen Bedingungen ihre Mitwirkung für ausgeschlossen. Das ist nun zwar nicht richtig und wäre der Versuch des nachträglichen Anschlusses unter Hinweis auf andere, nur schwach funktionierende Nachweise wohl zu empfehlen. Aus der Erwähnung dieser Tatsache erhellt aber, daß, wenngleich das Reichs-Arbeitsblatt im allgemeinen ein ziemlich zutreffendes Bild von dem arg zersplitterten Arbeitsnachweisen in Deutschland gibt, ein Rückschluß auf die paritätischen Arbeitsnachweise daraus doch nicht möglich ist.

Die Unternehmensnachweise dominieren also noch und wenn es nach dem Willen und Wollen der Arbeitgeberverbände und Handelskammern ginge, würden sie für alle Zeit die Superiorität behalten. Nun sind ja glücklicherweise die Arbeiter jetzt zu der Ansicht bekehrt, daß alles, was die Abneigung der Unternehmer im besonderen Maße findet, der Arbeiterschaft gerade dienlich ist. Auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongresse (1899) kam diese Ansicht bei dem Punkte der Tagesordnung „Arbeitsvermittlung“ besonders zum Ausdruck; Referat und Debatte drehten sich hauptsächlich um die Frage: paritätische oder einseitige Arbeitsnachweise? Der 1896er Berliner Kongress hatte, wie schon erwähnt, mit seinem Beschlusse unbedingter Verwerfung der ersteren gründlich vorbeigeschossen. Man war sich aber über die geringe Bedeutung der reinen gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung inzwischen etwas klarer geworden, von 1 1/2 Millionen deutschen Arbeitern waren kaum eine halbe Million zu deren Bewirtlichung übergegangen, welche jedoch so fragwürdiger Art waren, daß damals der Züricher Arbeiterssekretär Greulich erklärte: „Der gewerkschaftliche Arbeitsnachweis führt weder als Kampfmittel noch als Kampfgegenstand zu Erfolgen von irgendwelcher Bedeutung. Hier verjagen die Machtmittel, welche der gewerkschaftlichen Organisation zur Verfügung stehen.“

Greulich hat recht mit diesem Ausspruche. Wo noch der Arbeitsnachweis als Kampfmittel betrachtet wurde, haben sich für die Arbeiter fast immer ungünstig verlaufene Konflikte eingestellt, die manch liebess Mal den Bestand einer Organisation erschütterten. Wenn man sich auf dem Frankfurter Kongresse nun auch noch nicht ganz von dieser alten vorgefaßten Meinung zu trennen vermochte und nach langer Debatte eine verklausulierte Kommissionsresolution annahm, so war doch der Standpunkt der Berliner Resolution verlassen, trotzdem in der Einleitung zur Frankfurter der Satz: „Der Kongress hält deshalb nach wie vor an dem grundsätzlichen Standpunkte fest, daß der Arbeitsnachweis den Arbeiterorganisationen gebührt“ jedenfalls recht ansprechbar ist. Betreffs der kommunalen Arbeitsnachweise (Arbeitsämter) wurde also Beteiligung beschlossen, damit die organisierte Arbeiterschaft ihren berechtigten Einfluß hierbei geltend machen und für Durchführung der für diese

Art der Vermittlung aufgestellten Grundsätze eintreten könne, etwa bestehende und gut funktionierende Sacharbeitsnachweise sollten aber als solche ruhig bestehen bleiben. Die Innungsarbeitsnachweise sollten die organisierten Arbeiter nach Möglichkeit in ihrem Interesse auszugestalten trachten. Hinsichtlich der gemeinsam verwalteten gewerblichen Nachweise lautete der gefaßte Beschluß: „Paritätische Arbeitsnachweise sind nicht zu verwerfen, wenn es dadurch den Arbeitern gelingt, zugleich ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse günstiger und stabiler zu gestalten.“ Referent, Korreferent und Diszussionsredner waren trotz der divergierendsten Anschauungen im einzelnen über die Zwecklosigkeit einer „grundsätzlichen Ablehnung jeder Erwägung einer Möglichkeit gemeinsamen Handelns“ in der Arbeitsnachweisefrage vollständig einig. Diese Eingangsworte der Berliner Resolution stellten, wie der Referent ganz richtig sagte, „einen so übertriebenen Radikalismus dar, wie er unserer Gewerkschaftsbewegung ganz und gar nicht ansteht.“ Damit war also gebrochen, die „gemeinsam geführte Arbeitsvermittlung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber“ unter übrigens ganz selbstverständlichen Voraussetzungen für zulässig erklärt.

Wenn ich nun noch einmal der kommunalen Arbeitsnachweise gedenke, so nur, um bei aller Anerkennung vor deren allgemeiner Nützlichkeit, ihrer mustergiltigen Entwicklung speziell in Württemberg, ihrer eminenten Bedeutung bei Lösung der Frage der Arbeitslosenversicherung, wie auch ihrer die Unternehmervilligkeit hemmenden Tendenz, doch den privaten, gemeinsam errichteten und verwalteten, ein ganzes Gewerbe umfassenben oder auf den Ort beschränkten paritätischen Arbeitsnachweisen den Vorzug zu geben. Für organisatorisch gut entwickelte Gewerbe wird diese Form der Arbeitsvermittlung die einzig richtige sein. Die Innungsarbeitsnachweise dagegen rangieren bei mir gleich hinter denen der Arbeitgeberverbände oder sonstigen Unternehmervereinigungen; weiß man doch, daß das den Arbeitern hier gesetzlich eingeräumte Recht der Mitwirkung und Mittatung in der Praxis nur sehr minimalen Wert hat.

Wäre nun der Frankfurter Gewerkschaftskongress bezüglich der Frage der Arbeitsvermittlung — von dem Referenten als der überhaupt wichtigste Punkt der Tagesordnung bezeichnet — zu einer größeren Klarheit gekommen, hätte man sich mehr auf den Standpunkt des Referenten Leipart gestellt, dann hätte der Stuttgarter Kongress auch einen Schritt weiter darin gehen können. So aber ruhte diese Frage, soweit sie nicht bei der Debatte über die Arbeitslosenversicherung nebensächliche Erwähnung fand, in Stuttgart ganz und die Frankfurter Resolution besteht in ihrer Unschärfe weiter.

Aber auch die einseitigen Unternehmensnachweise bestehen in ihrer ganzen Gefährlichkeit weiter und noch immer hängt das Schwert des Damokles in dieser Gestalt über der Arbeiterschaft. Im vorigen Jahre erst sind wieder zwei große und langwierige Kämpfe um den Arbeitsnachweis geführt worden, aber weder die völlig unterlegenen Hamburger Kupferschmiede, noch die vergeblich gegen den Innungsarbeitsnachweis sich wehrenden Berliner Holzarbeiter haben die Nichtigkeit der Greulichschen Worte zu Falle gebracht. Und wenn wir nun sehen, daß von den an der Berichterstattung für das Reichs-Arbeitsblatt sich beteiligenden — also immerhin maßgebenden — deutschen Nachweisen der größte Prozentsatz von den Arbeitgebervereinigungen (einschl. Innungen) gestellt wird, die Nachweise der Gewerkschaften dagegen nur eine numerische Bedeutung haben, so ist dies ein weiterer Beweis für die Unhaltbarkeit dieses Zustandes.

Inwieweit aber die paritätischen Arbeitsnachweise geeignet und nach den bisher damit gemachten Erfahrungen befähigt sind, hier reformierend und vereinheitlichend einzugreifen, wie ihre Entwicklung bis dato sich gestaltet, ob und inwiefern auch sie verbesserungsbedürftig, das werden wir, soweit das vorhandene Material ein Urteil gestattet, im nächsten Artikel sehen.

## Aus Oesterreich.

Vor kurzem erschien der Bericht des österreichischen Verbandsvorstandes für das Jahr 1902, das achte seit dem Bestehen des Verbandes. Dasselbe liegt in deutscher, tschechischer, polnischer und italienischer Sprache vor und umfaßt in der erst angeführten Ausgabe bisher nicht erreichte 96 Großfolien. Er enthält den Bericht über die Tätigkeit des Verbandsvorstandes, den Kassenbericht und die Nachweisungen über die Gebahrung der einzelnen Verbandsvereine. Dem Bericht ist auch eine auf Grund der Erhebungen vom 7. bis 12. April 1902 ausgearbeitete Statistik beigegeben, welche ein klares Bild der Lohnverhältnisse in Oesterreich bietet, wie es in einer so übersichtlichen und präzisen Art bisher nicht geboten wurde und deshalb nicht nur von großem Interesse, sondern auch von großem Werte ist. Diese alljährlichen Publikationen des österreichischen Buchdruckerverbandes gehören wohl zu den interessantesten Dokumenten über die österreichische Arbeiterbewegung und es ist stets ein dankbares Unternehmen, sich in den Wust von Ziffern und Tabellen zu verlieren und daher sei es auch gestattet, hier einiges aus dem neuesten Berichte vorzuführen.

Vor allem konstatiert der Bericht, daß die wirtschaftliche Depression es mit sich brachte, daß der österreichische Verband seit einer Reihe von Jahren stark in Mitleidenhaft gezogen wurde. Die einzelnen Verbandsvereine hatten zugenommen, den höchsten Belastungsproben standzuhalten und damit den Beweis zu erbringen, was Solidität, was Organisation zu leisten vermögen. Die Summen, die an Unterstützungen ausbezahlt wurden, erfüllten auch in diesem Jahre wieder eine Steigerung, doch kamen die humanitären Einrichtungen ebenjowenig wie jemals früher in eine Stockung. Trotzdem erschien am 19. November 1902 der Knebelungsbescheid des Ministeriums des Innern, der durchgeführte die Zerstümmung der Arbeiterorganisationen bedeutet haben würde und über den und über dessen erfolgreiche Abwehr in diesem Blatte seinerzeit ausführlich berichtet wurde.

Auf tariflichem Gebiete hatte der österreichische Verband vollauf zu tun, um geordnete Verhältnisse aufrecht zu erhalten, beziehungsweise gegen destruktive Gesäfte einzelner Unternehmer aufzutreten. Im Berichtsjahre wurde das Verzeichnis der tarifreuen Offizinen einer Revision unterzogen und es enthielt das im Oktober publizierte Verzeichnis 855 tarifreue Firmen, denen 157 nichttarifreue Firmen gegenüberstanden. Am Ende des Jahres 1902 hatten sich die tarifreuen Offizinen auf 879 vermehrt, die der nichttarifreuen auf 152 verringert. Der Bericht bespricht, sobald die Tätigkeit der Verbandsfunktionäre, um insbesondere die staatlichen und an deren Beförden bei Vergabe offizieller Druckerarbeiten zu bestimmen, dieselbe von der Einhaltung des Tarifes abhängig zu machen, eine Sibyllenarbeit, die nur der begreift, der mit dem österreichischen Amtschimmel schon in nähere Berührung gekommen ist.

Um einzelnen Befehlsgewaltigen das Handwerk zu legen, wurde vom Verbandsrat in Gemeinschaft mit der Prinzipals-Organisation eine Eingabe an das Handelsministerium gemacht, worin verlangt wird, daß bezüglich des Verhältnisses der Zahl der Befehlsgewaltigen zur Zahl der Gehilfen in die Buchdruckerartefestgelegten Bestimmungen für alle Buchdruckerereien und Schriftgießereien maßgebend gemacht werden, ferner, daß in jenen gemischten Genossenschaften, in welchen Buchdrucker inkorporiert sind, eine diesbezügliche Bestimmung in Bezug auf die Druckerereien in Genossenschaftsstatut aufzunehmen sei, da es oft vorkommt, daß bei diesen „gemischten Genossenschaften“ — einer der höchstnützlichsten österreichischen Spezialitäten — das Statut bestimmt, daß auf einen Gehilfen „bloß“ drei Lehrlinge gehalten werden dürfen. Trotzdem diese Eingabe nunmehr fast seit einem Jahre in den Händen (oder besser gesagt in der Schreibtischlade) irgend eines für den Fortschritt — auf dem Gebiete des Automobils — begeisterten Hofrates liegt, befindet sie sich noch immer im „Stadium der Vorberatung“ was ungefähr der österreichische Terminus für Verschleppung oder Begräbnis ist.

Neben der Befehlsgewaltfrage sind es auch die Bestimmungen über die Sonntagsruhe gewesen, welche zu erhöhter Aufmerksamkeit gegen gewisse Gehebes- und Tarifverächter herausforderten und immer wieder mußten diese Leute, die es sich nicht verlagern konnten, an Sonntagen insbesondere Trauerparten herstellen zu lassen, an den Ministerialerlass erinnert werden, worin ausdrücklich festgestellt wird, daß wieder die Verfestung von Parteigatteln noch von Druckerarbeiten für Behörden an Sonntagen gestattet ist. Ja, in einem Falle mußte sogar ein Gewerbeinspektor, der die Herstellung von Trauerparten an Sonntagen für zulässig erklärte, darüber aufgeklärt werden, daß er irre.

Die Drangsalierung auf der Reise befindlicher Kollegien durch behördliche Sicherheitsorgane hatten im Jahre 1901 den Verbandsvorstand veranlaßt, kläglichend bis an die höchsten Reichsstanzungen zu gehen und diese Schritte waren von dem Erfolge begleitet, daß der oberste Gerichtshof ein vom Bezirksgerichte Kirchdorf erlassenes und vom Bezirksgerichte Steyr bestätigtes und ein vom Bezirksgerichte St. Gilgen erlassenes Urteil aufhob und das Justizministerium „zur Anwendung des Landstreichergesetzes“ in seinem Verordnungsblatte bestimmte, daß der Umstand, ob jemand durch einen Arbeiterverein während seiner Arbeitslosigkeit unterstützt werde, von Bedeutung bei der Beurteilung sein müsse, ob er als Landstreicher zu behandeln sei. Ein diesbezüglicher Erlass wurde auch

Ministerium des Innern an die Staatskassieren ge-  
richtet. Trotzdem wurden, wie der Verbandsvorstand fast  
resigniert berichtet, auch im Berichtsjahre wieder 20 Kol-  
legen, weil sie das Unglück hatten, längere Zeit arbeitslos  
zu sein, arretiert, wegen Landstreiferei unter Anklage ge-  
stellt und teils auf Schuld gesetzt.

In die Berichtsperiode fällt auch die Revision des auf  
vier Jahre abgeschlossenen Wiener Zeitungsjournals, das  
das 40-jährige Gründungsfest des märrischen, das 35-jährige  
des oberösterreichischen und — was der Verbands-  
bericht allerdings zu registrieren begibt — das 30-jährige  
des tirolisch-vorarlbergischen Kronlandsvereins sowie die  
Vollendung und Weihe des neuen Vereinshauses des  
niederösterreichischen Vereins, das „ein bleibendes Denk-  
mal des Opfermutes und des Solidarietätsgefühls der  
Buchdruckergehilfen“ bildet.

Der österreichische Verband besteht aus 15 sogenannten  
Kronlandsvereinen, welche sich in 61 Filialen mit 53  
Natalumsatzstellen gliedern und aus 234 Druckorten  
bestehen. Die Größe der Kronlandsvereine ist sehr ver-  
schieden; es zählte am Ende 1902 der größte Verein  
(Niederösterreich) 4300, der kleinste (Dalmatien) 48 Mit-  
glieder. Zu Beginn des Jahres 1902 zählten die Verbands-  
vereine zusammen — der Verband — 9793, am  
Schlusse 10412 aktive Mitglieder, was eine Vermehrung  
um 619 = 6,32 Proz. ergibt. Diejen 10000 organi-  
sierten Buchdrucker stehen 1057 Nichtverbänder gegen-  
über (wovon ungefähr ein Drittel dem sogenannten  
Wiener „Fringsklubvereine“ angehört, einer von den Prin-  
zipalen ins Leben gerufenen ehemaligen Trugorganisation,  
die jetzt auf sehr schwachen Füßen steht). Das Verhältnis  
zwischen Verbänden und Nichtverbändern in Österreich  
drückt sich aus in den Zahlen 90,78 Proz.: 9,22 Proz.,  
während es 1901 noch 89,15 Proz.: 10,85 Proz. und  
1900 86,9 Proz.: 13,1 Proz. war. Man sieht, auch in  
Österreich wird die Marke „Nichtverbinder“ immer  
seltener. Zugereist sind im Berichtsjahre in das Gebiet  
des österreichischen Verbandes 1473, abgereist 1408 Mit-  
glieder. Unmittelbar nach dem Ausreisen wurden 549  
Mitglieder aufgenommen, während 117 Mitglieder ge-  
storben sind, ein Zeichen, daß die Ueberproduktion an  
Arbeitskräften keine geringe ist. Von den 15 Kronlands-  
vereinen hat sich bei 11 die Mitgliederzahl vermehrt, bei  
einem ist sie konstant geblieben und bei 3 ist sie (um zu-  
sammen 12) gesunken. — Außer den 16 Sitzungen des  
Verbandsvorstandes fanden im Jahre 1902 58 Vereins-  
und 275 Filialversammlungen sowie 16 Kollegentage  
statt. Zur Intervention in tariflichen Streitigkeiten und  
zur Förderung von organisatorischen Angelegenheiten  
waren 34 Delegierungen von seiten des Verbandsvor-  
standes und 43 Delegierungen seitens der Zentralaus-  
schüsse erforderlich. — In den Bibliotheken standen den  
Kollegen 34210 Bände zur Verfügung, die von 3656 Per-  
sonen durch 35212 Entlehnungen benutzt wurden. —  
Die Verbandskasse, deren der österreichische Verband  
vier herausgibt, wovon eines in deutscher (Vorwärts!),  
eines in tschechischer (Veleslavin), eines in polnischer  
(Gonista) und eines in italienischer Sprache (Il Risveglio)  
erscheint, sind obligatorisch eingeführt und hatten eine  
Gesamtanzahl von 12590 Exemplaren. — Bei den Ar-  
beitsvermittlungen des österreichischen Verbandes waren  
im Jahre 1902 4116 Konditionslose vorgemerkt, an die  
2819 dauernde und 1781 Auslassungskonditionen vermittelt  
worden. Der niedrigste Konditionslostanstand (322) fiel  
in die 5. Maiwoche, der höchste (620) in die 4. Sep-  
temberwoche.

„Unaußhaltbar, einer Lawine gleich,“ sagt wörtlich  
der Bericht, „schritt auch im verfloßenen Jahre die Ein-  
schränkung der Sechsmaschine vorwärts und verdrängte solcher-  
art immer mehr Handseker von ihren Plätzen.“ Im  
Jahre 1898 gab es in 3 Orten 6 Sechsmaschinen, im Jahre  
1899 an 8 Orten 53 Maschinen, im Jahre 1900 an  
13 Orten 90 usw. bis am Ende des Berichtsjahres in  
25 Orten 168 Maschinen, wovon 81 Linotypen, 53 Typo-  
graphen und 34 Monolineen waren.

Im Jahre 1902 fanden im österreichischen Verbands-  
gebiete 22 Arbeitsereignisse und andere Konflikte statt.  
An denselben waren 206 Gehilfen, 20 Lehrlinge und  
46 Buchbinder, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen be-  
teiligte. In 12 Fällen handelte es sich um Tarifange-  
legenheiten und in 6 Fällen um ungerechtfertigte Ent-  
lassung von Gehilfen resp. Vertrauenspersonen. 14 Kon-  
flikte wurden zu gunsten, 3 teilweise zu gunsten und 1 zu  
ungunsten der Arbeiter entschieden. Von 3 Fällen wurde  
die Art der Entscheidung nicht gemeldet und 3 Fälle waren  
am Jahreschlusse noch unerledigt. Der größte Konflikt,  
in der Hauptstadt des wie es scheint auch geistig stark an  
die Türkei grenzenden Kronlandes Dalmatien, in Zara,  
war auch der interessanteste, weil er, wenn auch nicht an  
das Mittelalter — denn damals gab es noch keinen Tele-  
graphen — so doch an die Zeit des seligen Minister-  
präsidenten Taaffe erinnerte. Der Verbandssekretär,  
Kollace Dworaczek, wurde nach Zara delegiert, um die  
Differenzen beizulegen. Doch wurde es ihm dort nicht  
gestattet, nach Wien oder nach anderen Städten zu tele-  
graphieren, weil die Post- und Telegraphendirektion mit  
Berührung auf Art. VII des internationalen Vertrages  
Nachrichten über den Streit nicht befördern ließ, weshalb  
Dworaczek persönlich zur Information des Verbands-  
vorstandes nach Wien zurückfahren mußte, um dann ein  
zweites Mal die Reise nach Dalmatien zu unternehmen.  
Als zeitweilig erwerbsunfähig (krank) wurden im Jahre  
1902 3692 Mitglieder mit 258549,15 Kronen für  
128226 Krankentage unterstützt. Als arbeitslos am

Orte wurden 1588 Mitglieder unterstützt durch zusammen  
67759 Tage mit dem Betrage von 137758 K. Rechnet  
man die ausgesteuerten und nichtbezugsberechtigten Mit-  
glieder ein, so ergibt sich, daß die durchschnittliche Dauer  
einer Arbeitslosigkeit 49,33 Tage gegen 51,43 Tage im  
Vorjahre betrug; auf die durchschnittliche Mitgliederzahl  
verteilt, war jedes Verbandsmitglied im Jahre 1902  
11,44 Tage arbeitslos gegen 12,14 Tage im Vorjahre.  
Die höchste Arbeitslosigkeit wies der September, die  
niedrigste der April auf.

Für Arbeitslose auf der Reise wurde insgesamt der  
Betrag von 61013 K. verwendet, wofür sich auf  
1736 Reisende und auf 49871 Reisetage verteilt; auf  
einen Reisenden entfielen im Durchschnitt 28,73 Reise-  
tage und 35,15 K. Unterstützung gegen 24,51 Reisetage  
und 30,02 K. Unterstützung im vorhergehenden Jahre.  
Der schwächste Reisemonat war der Februar, der stärkste  
der August. Von den Reisenden waren 25,69 Proz.  
Österreicher, 18,61 Proz. Ungarn, 46,6 Proz. Deutsche,  
1,9 Proz. deutsche Schweizer, während die restlichen  
7,2 Proz. anderen Nationen angehörten; ähnlich war das  
Prozentverhältnis in Bezug auf die Unterstüßungstage.  
Rechnet man die Zahl der Krankheitstage zu den arbeits-  
los am Orte und auf der Reise verbrachten Tagen  
und zu jenen 48'99 Tagen der nichtunterstützten 906 Mit-  
glieder, so ergibt sich als treffliches Bild der Arbeitslosig-  
keit der Buchdrucker in Österreich, daß 294242 Tage  
oder 904 Jahre arbeitslos zugebracht wurden, d. h., daß  
nahezu ein Zehntel der österreichischen Verbandsmitglieder  
überflüssig war! —

Als dauernd erwerbsunfähig (invalid) wurden 198 Mit-  
glieder mit 99'908 K. unterstützt; im Durchschnitt entfiel  
auf einen Invaliden der Betrag von 504,59 K. Die  
Zahl der Invaliden hatte im Berichtsjahre um 20 zu-  
genommen. Begräbniskosten wurden für 141 Mit-  
glieder im Betrage von 35357,10 K., im Durchschnitt  
also pro Todesfall 250,76 K. bezahlt. 75 = 53,19 Proz.  
der Gestorbenen fanden den Tod an Tuberkulose, bei  
einem wird als Todesursache „Erschießen gelegentlich des  
Erster Generalstreiks“ angeführt. Das Durchschnitts-  
alter der Gestorbenen betrug 38,22 Jahre. Der Ver-  
band hatte ferner für 367 Waisen zu sorgen, für die er  
zusammen 25133 K. aufwendete, was im Durchschnitt  
auf ein Kind gerechnet 68,48 K. ergibt.

Außerdem wurden noch außerordentliche Unter-  
stützungen an 479 Personen ausbezahlt, die den Be-  
trag von 14739,60 K., im Durchschnitt für eine Person  
30,77 K. ausmachte. Die Verbandsvereine verausgabten  
seit ihrem Bestehen an Unterstützungen zusammen  
8086151,56 K.

Die Gesamteinnahme der Verbandsvereine im  
Jahre 1902 ergab an Einnahmen 941111,75 K. Die  
Ausgaben betrugen 93,02 Proz. aller Einnahmen, also  
875374,80 K., von welcher Summe, wie oben erwähnt,  
635297,85 K. für Unterstützungen, 46242,52 K. für  
Fortbildung, 72648,98 K. für Organisation und 87200,07  
Kronen für Ueberse verwendet wurden. Der Gesamt-  
überschuß ergab 65736,95 K. = 6,98 Proz. der Ein-  
nahmen. Bei 11 Vereinen hatte sich das Vermögen ver-  
mehrt, bei 4 ist es zurückgegangen. Der Gesamtver-  
mögensstand sämtlicher 15 Vereine betrug am 31. De-  
zember 1902 1509108,03 K. Der Wert der Bibliotheken  
beträgt 30000 K. — Das Gesamtvermögen auf die ein-  
zelnen Verbandsmitglieder aufgeteilt, ergibt sich im Be-  
richtsjahre pro Mitglied ein Anteil von 144,94 K., wäh-  
rend der Anteil 1901 noch 147,39 K. und 1900 154,78 K.  
betrug. Hieraus ist ersichtlich, daß das Wachstum der  
Mitgliederzahl ein weitaus besseres ist als das des Ver-  
mögens.

Was den Rechenschaftsbericht der Verbandskasse selbst  
betrifft, so ist hervorzuheben, daß 1902 an Verbands-  
beiträgen der 15 Vereine 29149,25 K. einliefen, denen  
24758,85 K. Ausgaben gegenüberstehen. Es ergab sich  
somit ein Ueberschuß von 4753,20 K., der zu dem Saldo  
vom 31. Dezember 1901 von 10612,83 K. hinzu-  
gerechnet, einen Vermögensstand von 15366,12 K. am  
Ende des Berichtsjahres ergibt.

Der Rechenschaftsbericht bringt weiter eine sehr aus-  
sagekräftige vergleichende Tabelle über das Unterstützungs-  
wesen in den übrigen internationalen Verbänden; ferner  
enthält er noch den auf der internationalen Buchdrucker-  
konferenz zu Straßburg am 14. und 15. April 1903 ver-  
einbarten neuen Gegenseitigkeitsvertrag. H-y.

## Aus dem Gewerk- und Genossenschaftsleben.

Der Monat Juli setzte nicht schlecht ein. Wir glaubten  
über dessen erste Hälfte nur Gutes berichten zu können,  
statt dessen erlebten wir aber mit dem Bromberger  
Schreckensurteil gleich eine arge Enttäuschung. 14 Jahre  
Zuchthaus und 17 Jahre Gefängnis für einen Straßen-  
krawall, an dessen Aufbauschung die Polizei jedenfalls  
auch wieder ihr gut Teil beigetragen, gehen selbst uns  
an die Seltsamkeiten der Streikprozesse in Deutschland  
genügend gewöhnten Männern der Feder an die Nieren.  
Wie werden diese 13 armen Teufel in Bromberg ihren  
anständig eines Kanalarbeiterstreiks in Italien (Bozza)  
wegen des gleichen Deliktes zu 18, 12 und 4 Tagen Ge-  
fängnis verurteilten Schicksalsgenossen neben, wie werden  
sie staunen über die Rechtspflege eines Landes, wo trotz  
Steinrohbardement gegen Arbeitswillige, trotz Belage-  
rungszustand und Kavallerieattaken auf die Streikenden,  
die Strafe so gelinde, so ungemein vernünftig bemessen wird.

Schade, daß Professor Schmoller, als er am 30. Juni  
dieses Jahres auf der Hauptversammlung des Vereins  
deutscher Ingenieure in einem Vortrage die Grundzüge  
der sozialen Verfassung proklamierte, das Brom-  
berger Urteil vom 9. Juli noch nicht voraussehen konnte,  
er hätte sicherlich unter den Vorbedingungen dazu auch eine  
mit dem Rechtsempfinden einigermaßen übereinstimmende  
Strafpefe mit genannt. Zu verwundern ist diese Unter-  
lassung bei dem Vorhandensein älterer Seitenstücke zu dem  
draconischen Bromberger Urteile immerhin. Wie Professor  
Schmoller sich die Sache denkt, soll folgender Auszug  
seiner Rede zeigen: „Es wird immer resultatlos bleiben,  
heute dem Sozialdemokraten, dem organisierten Arbeiter  
seine Ideale und seine Führer nehmen zu wollen, ihn  
von innen heraus bekämpfen zu wollen. Er ist nur zu  
versöhnen, wenn man ihm zunächst seine Klagen läßt,  
aber praktisch mit ihm paktiert und verhandelt, mit ihm  
seine Arbeitsverfassung, seine tägliche Arbeitszeit, die  
Frauen- und Kinderarbeit, die Lohnabstufungsmethoden,  
die Erziehung seiner Kinder zu verbessern sucht; wenn  
man ihm seine Arbeitervereine, sein Koalitionsrecht  
anerkennt, aber zugleich durch Ausbildung von Schieds-  
gerichten, durch Tarifverträge, durch ein gerechtes Gesetz  
über die Arbeitervereine die Schattenseiten des Koalitions-  
rechtes einschränkt. Nur langsam, Schritt für  
Schritt, kann man wieder zu normalen Arbeiterverhält-  
nissen kommen. Aber es ist doch nicht so schwer und es  
ist die Bedingung, unter der wir allein den Sieg auf  
dem Weltmarkt erringen können. Wenn wir den Eng-  
ländern und Amerikanern die frühere soziale Verfassung  
überlassen, so werden wir von ihnen geschlagen werden.  
Die Verfassung wird durch eines erleichtert werden: an  
die Stelle der herrschaftlichen großen Einzelgeschäfte treten  
nunmehr Aktiengesellschaften, Kartelle, Trusts, Nierenunter-  
nehmungen, Staats- und Kommunalbetriebe. Sie werden  
nicht mehr von Individuen und ihrer Leidenschaft, sondern  
von Kollegen und Beamten regiert. Unsere großen Aktien-,  
Bahn- und Staatsunternehmungen haben unter den  
Arbeitern heute eine wachsende Beamtenschaft, Techniker,  
Chemiker, Kaufleute, als Oberwerkmeister, als Unter-  
beamte. Auch in dieser Schicht ist eine ernste soziale  
Gärung entstanden, auch sie ringt nach höherem Ein-  
kommen, besserer Behandlung, größerer wirtschaftlicher  
Sicherheit. Die Neuordnung der Stellen, die Ver-  
söhnung wird hier leichter gelingen als mit den Arbeitern  
und sie wird zum Vorbilde für die Behandlung der  
Arbeiter werden. Soweit das nicht möglich ist, wird die  
Schule des Vereinslebens, wird die Gewerkschaftsorgani-  
sation die Arbeiter zu erziehen haben; sie werden hier  
wieder lernen, eine Art Aristokratie ihren selbst gewählten  
Führern zuzugestehen, und mit diesen Elementen werden  
die Unternehmer paktieren, vernünftige Arbeits-  
und Tarifverträge schließen können. Und so wird — freilich  
erst in langer Arbeit — die soziale Spannung ermäßigt  
werden können, die heute auf uns lastet.“ Wegen die  
Möglichkeit einer derartigen Entwicklung der Dinge läßt  
sich nicht viel einwenden, wohl aber steht die Wahrheits-  
lichkeit sehr in Frage, wenn in der alten oder in der  
Bromberger Methode fort gewirkt wird.

Einen ähnlichen Weg wollen wir auch 32 Arbeit-  
nehmerbeisitzer des Berliner Gewerbegerichts mit ihrem  
an den Reichstag zu richtenden Antrage auf Aufhebung  
der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung einschlagen.  
Die Erweiterung der Koalitionsfreiheit zu einem Koalitions-  
rechte ist in Anbetracht der recht fragwürdigen  
Auslegungen des § 152 der Gewerbeordnung eine unbedingte  
Notwendigkeit, auch die im weiteren gewünschte  
Gewährung der Korporationsrechte an die Berufsvereine  
gegen Verpflichtung der letzteren zur Anrufung des  
Einigungsamtes vor Einstellung der Arbeit oder Ent-  
lassung der Arbeiter ist an sich ein ebenso berechtigtes  
Verlangen. Ueber die Zweckmäßigkeit desselben siehe sich  
aber aus zweierlei Gründen streiten: einmal sind die  
mit der Eintragung in das Vereinsregister verbundenen  
Schereorien von den Gewerkschaften mit gutem Grunde  
geführt und andererseits würde das obligatorische Einigungs-  
verfahren in manchen, an sofortiges Löschlagen gewöhnten  
Kreisen hüben wie drüben nur geteilte Aufnahme finden.  
Wir gehören nicht zu diesen streitbaren Leuten, wissen aber,  
wie schwer in manchen Situationen ein Zurückhalten der  
erbitterten Menge ist. Die Aufhebung des § 153 der Gewerbe-  
ordnung dürfte nur von problematischem Werte sein, wenn auch  
an dieser Forderung festzuhalten ist. Die im § 153 der  
Gewerbeordnung festgesetzten Strafen erstrecken sich nur auf  
die Dauer von drei Monaten, da aber in fast allen darauf  
zurückzuführenden Streit-, Nötigungs-, Erpressungs- und  
Beleidigungsprozessen auf höhere Strafen erkannt wird,  
so geben also die allgemeinen Strafgesetze der richterlichen  
Auslegungsfähigkeit erst die richtige Handhabe. Wir  
wissen wirklich nicht, was besser, ob der von den 32 Ber-  
liner Gewerbegerichtsbeisitzern gemachte Vorschlag der  
Aufhebung genannter Paragraphen oder die kurze und  
bündige Bestimmung als § 152 der Gewerbeordnung: Alle Verbote  
und Ausbedingungen gegen Gewerbebetriebe, Arbeit-  
nehmer und sonstige Angestellte wegen Verabredungen und  
Bereinigungen zum Zwecke der Erlangung günstiger Er-  
werbs-, Lohn- und Arbeitsbedingungen werden mit Haft-  
strafe bis zu drei Monaten geahndet.

Von bemerkenswerten Gerichtsurteilen nennen wir  
die vom Reichsgerichte ausgeprochene Strafbarkeit  
der Aufforderung zum Bruche von Tarifver-  
trägen, deren sich ein Maurer in Dortmund mit den  
Worten schuldig machte: „Es bleibt nichts andres übrig  
als die Arbeit niederzuerzwingen; ich fordere Sie auf, auch

die, welche Kündigung haben, morgen die Arbeit hinzuerfüren.“ Dieses Urteil dürfte auch für Arbeitgeber-treue, also ebenso unbedingte Aufhebungen von Tarifverträgen ja keine Seltenheit sind, von Bedeutung sein. Ein andres derartiges Erkenntnis ist das vom Berliner Gewerbegericht gegen einen Werkmeister wegen arg-listiger Verleitung zum Streikbrüche gefällt. Der Mann ging nämlich auf den Streikbrecherfang aus, überredete zwei Stettiner Formner zum Anfangen und erklärte auf deren Befragen ausdrücklich, der Streik sei beendet. Hoffentlich findet dieses den Schabenerfall in solchen Fällen ausdrückende Urteil recht viele Pendants; Gelegenheit findet sich ja überreichlich.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle haben sich im ersten halben Jahre 1903 nur um eins vermehrt, ihre Gesamtzahl beträgt jetzt 408. Hingekommen sind die neugegründeten 13 Kartelle in Arheilgen, Beuthen, Braze i. W., Breschenheim, Clarstadt, Emden, Kammin i. P., Lübecke, Nossen, Oberstein, Norderau, Oelsnitz und Weinheim. Eingegangen sind 12; nämlich in Eberswalde, Fellingshausen, Genußsch i. W., Grimmen, Zugau, Mühlheim a. M., Niesitz, Nossen i. P., Strelitz, Tübingen, Waiblingen und Würzen.

Herrn Kellers Urteil über die deutschen Arbeitersekretariate (siehe Nr. 82) geht dahin, daß dieselben absolut wertlos, da die Sekretäre nicht einmal die Rechtskenntnisse eines sogenannten Einzwanalles besitzen. Der den Arbeitern durch ihre Organisationen gewährte Nachschuß sei viel besser gewesen, der der Sekretariate sehr zweifelhaft. Die Arbeitersekretariate verdanken ihre Entstehung lediglich dem Bedürfnis nach mehr besetzten Stellen. Besser als dieser mit 4000 Mk. von den Arbeitern unterhaltenen Regierungsverwalter a. D. versteht die Arbeitgeber-Zeitung ihr Metier auch nicht.

(Fortsetzung folgt.)

## Korrespondenzen.

**Kl. Arnberg.** Nachdem sich der Ortsverein Arnberg-Nehem aufgelöst, hatten sich die hiesigen Mitglieder unser Verband am 25. Juli im Gasthose von Karl Zeipel zusammengefunden zwecks Gründung eines eignen Ortsvereins. Sämtliche Kollegen waren für die Gründung. Da der Vorsitzende, Kassierer und Schriftführer des aufgelösten Ortsvereins in Arnberg konditionieren, erfolgte Wiederverwahl. (Siehe Verbandsnachrichten.) Als ein erfreuliches Zeichen für den Anfang machte Johann der Vorsitzende die Aufnahme eines neuen jüngeren Kollegen bekannt, wodurch unsere Mitgliederzahl auf sechzehn steigt, denen zwanzig Nichtmitglieder gegenüberstehen. Als Hauptaufgabe des neuen Vereins betrachtete man allseitig die soziale wie die gewerkschaftliche Schulung der hiesigen Mitglieder. So nur könnten wir uns einen festen Stamm Verbandsmitglieder erzielen und auch eine wirksame Agitation bei den Nichtmitgliedern betreiben. Dieses ist aber keineswegs etwas leichtes, da in Arnberg in dieser Hinsicht noch rein gar nichts geleistet und wir gewerkschaftlich vollständig allein stehen. Neben dem eifrigen Studium des Corr., welcher offiziell eingeführt ist, wurde die Gründung einer Bibliothek warm empfohlen. Bei dieser Gelegenheit möchten wir an die Ortsvereine, welche größere Bibliotheken oder vielleicht Doppelbände besitzen, die Bitte richten, uns bei der Verwirklichung dieses wirksamen Agitationsmittels nach Möglichkeit zu unterstützen. In tariflicher Beziehung ist dank der mutvollen Tätigkeit einer Verbesserung zu verzeichnen. Der letzte Rechenschaftsbericht unsers Gaus zeigte diesbezüglich noch ein wenig erfreuliches Bild; heute jedoch hat sich erneutes Voranschreiten die größte Firma (F. W. Becker) den Tarif, bis auf Kleinigkeiten, eingeführt. Es gibt uns dies Veranlassung, hoffnungsvoll an die harte Agitationsarbeit, die uns harter, heranzutreten.

**M. Berlin.** (Verein Berliner Buchdruck-Maschinenmeister.) In der Vereinsversammlung vom 21. Juli machte der Vorsitzende zunächst Mitteilung über den Verlauf der Verhandlungen beim Tarif-Akte. Die Firma Teufelher Verlag hat sich verpflichtet, vom 3. August ab die neunstündige Arbeitszeit einzuführen. Mit der Paragon-Gesellschaft finden gegenwärtig Verhandlungen statt. Eine andere Frage wurde demnächst dem Tarif-Akte unterbreiten. Es handelt sich darum, festzustellen, ob es für eine tariffreie Firma statthaft ist, den Druckern durch die Arbeitsordnung die Bedienung einer bestimmten Anzahl von Maschinen zur Pflicht zu machen, da im Tarif keine Maschinenzahl genannt ist. Darauf verwies der Vorsitzende auf die vor kurzem erfolgte Verurteilung eines Maschinenmeisters zu 10 Tagen Gefängnis wegen der Nichtnahme von Druckmuffern. Das Gericht betrachtete dieses als Diebstahl, trotzdem es sich um Objekte von ganz geringem Werte handelte. Sollten sich derartige Prozesse wiederholen, so wäre wohl auch die Frage zu entscheiden, ob sich die Prinzipale nicht der Verleitung zum Diebstahl schuldig machen, da sehr viele ausdrücklich die Einsegnung von Druckmuffern verlangten. Ebenfalls sei es aber ratsam, bei der Mitnahme derselben recht vorsichtig zu sein. In letzter Zeit ist es in einigen größeren Druckereien vorgekommen, daß Hilfsarbeiter wegen der Zugehörigkeit zu ihrem Verbands entlassen wurden. Pflicht unserer Mitglieder sei es, nach Kräften derartige Maßregelungen zu verhindern. Von der Zentralkommission der hiesigen Maschinenmeister ist die Mitteilung eingegangen, daß in nächster Zeit ein Kollege auf einer Agitationsreise nach Deutschland hier eintreffen wird, um mit uns eine Aussprache über gemeinsame Interessen der

Kollegen herbeizuführen. Kurz erwähnt wurde der Artikel des Typographen, der sich mit unseren Berichten beschäftigt und nach gewohnter absichtlicher Entstellung derselben seine geradezu blödsinnigen Schlussfolgerungen daraus zieht. Am Schlusse seiner Ausführungen betonte der Vorsitzende die Notwendigkeit, untarifliche Zustände zur Sprache zu bringen, da nur dadurch eine Beseitigung derselben möglich sei. Nach Erledigung des technischen Teiles erfolgte Schluß der Versammlung.

**§ Breslau.** Die vom Tarif-Akte aufgenommene Statistik über die Verhältnisse in den Druckereien Deutschlands ergab hier an Orte als Resultat, daß die Fragebogen von nur 38 Firmen ausgefüllt wurden. Es ist zu bedauern, daß gerade von den kleineren und kleinsten Druckereien die Angaben fehlen, weil wir mit denselben keine Verbindung haben und somit die Ausführung der Fragebogen nicht zu erreichen war. Bei den ermittelten 38 Firmen arbeiten 32 Faktore, 475 Handschreiber, 82 Drucker und 2 Schweißer. Dessen stehen 107 Sezer- und 29 Druckerlehrlinge gegenüber. Die Arbeitszeit beträgt bei 31 Firmen 54 Stunden, in einer arbeiten die Drucker abwechselnd 4 1/2 Stunden länger, welche Zeit sie als Extrastunden bezahlt erhalten. In zwei Druckereien wird 57, in einer 58 1/2 (4 1/2) Extrastunden, da Buchdruckeri Nebenbetrieb) und in einer 60 Stunden gearbeitet. Dagegen beträgt die Arbeitszeit in zwei Offizinen 53 und in einer 52 Stunden. Die Entlohnung stellt sich folgendermaßen: Bis 1 Mk. über Minimum erhalten 46, 1 bis 2 Mk. darüber 71, 2 bis 3 Mk. darüber 30, mehr als 3 Mk. darüber 128 Gehilfen; 148 arbeiten zu tarifmäßigen Bedingungen im Berechnen und 19 Gehilfen werden unter Minimum bezahlt. Sezerinnen werden 26 beschäftigt und zwar bei Fleischnum 12, bei Trewendt 9 und bei Schottlaender 5. An 14 Sezmachinen (Kinotypen) arbeiten 21 Maschinisten abwechselnd je 48 Stunden. Außer einer Maschine, die abwechselnd Werk setzt, laufen die übrigen im Zeitungs-Jahr. Von den 19 Gehilfen unter Minimum entfallen 11 auf die Offizin Guttman (alles Nichtmitglieber oder Gutenbergs-Bündler), außer diesen sind es nur kleine Offizinen mit einem oder wenig mehr Gehilfen, die solche unter Minimum beschäftigen. — Im Bezirke Breslau stellen sich die Verhältnisse folgendermaßen: Vollständig tarifmäßig ist nur das Geschäft unsers Mitgliedes Danigel in Prasnitz. Nachdem käme die Offizin von Marektsch und Martin in Trebnitz; die Arbeitszeit ist allerdings noch gestrichelt; 1 Faktore, 10 bis 13 Sezer und 2 Drucker stehen 3 Sezer- und 1 Druckerlehrling gegenüber. Bei Ludwig in Dels arbeiten 8 Sezer, 1 Drucker und 1 Schweißer 57 Stunden, leider ist die Bezahlung aller 10 Gehilfen unter Minimum. An Lehrlingen zählt die Offizin 5 Sezerlehrlinge. Bei Lackmann in Miltitz arbeiten 2 Sezer und 1 Drucker (denen 4 Sezerlehrlinge gegenüberstehen) 60 Stunden, die Bezahlung ist tarifmäßig. — Leider sind aus einigen Orten des Bezirkes die Fragebogen unangefüllt geblieben. Die Verhältnisse werden in denselben derartige sein, daß sie das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen haben.

**Breslau.** Abweichend von der Gepflogenheit früherer Jahre feierte dieses Jahr der Breslauer Buchdrucker-Gesellenverein sein Jubiläum in einfacher Weise und zwar am 19. Juli durch einen Morgenpaziergang nach Hundsfeld. Die Marschmusik und der Konzertteil des Programms führte der Breslauer Humor. Draußen spielte in anerkennenswerter Weise aus, wie auch der Gutsenberg durch seine Gesangsvorträge sein Bestes zur Verschönerung des Festes beitrug, so daß dieses trotz des anfangs ungünstigen Wetters den schönsten Verlauf nahm. Preis-spiele für Damen und Herren, Belustigungen für Kinder wie auch ein „Weltpanorama“ trugen zur Erhöhung der Feststimmung bei. Die auch dem Ernste des Tages gerecht werdende Feste, vom Vorsitzenden Gaertel gehalten, klang in einem Hoch auf den Verband aus, das begeisterte Zustimmung fand. Auch zwei Festlieder kamen zur Ausführung; ferner lief von den Kollegen in Waldenburg ein Glückwunschtelegramm ein. Bis in den späten Nachmittag hielt ein großer Teil der Festteilnehmer aus und erst die Abendzüge führten die letzten Teilnehmer gen Breslau.

**M. Werschlag.** Als Ersatz für das diesjährige Jubiläumfest unternahm der hiesige Ortsverein am 5. Juli einen Ausflug nach Heidelberg zwecks Besichtigung der Hammschen Schnellpressenfabrik und verband so das Angenehme mit dem Nützlichen. Außer den 13 Kollegen des Ortsvereins beteiligten sich noch 9 des Karlsruher Maschinenmeistervereins an diesem Absteher. Die Besichtigung der Fabrik- und Maschinenräume nahm zwei Stunden in Anspruch. Während dieser Zeit erläuterte uns Herr Wöblius, welcher die Führung übernommen hatte, in eingehender Weise den Werdegang der einzelnen Maschinen und machte uns ferner auf die Neuerungen und Verbesserungen der Technik aufmerksam. Die Zuverlässigkeit der Firma Hamm, besonders der Herren Wolken und Wöblius, verdient jede Anerkennung. — Für 4 Uhr war ein Zusammenreffen mit den Heidelbergern Kollegen im Faulen Felze geplant; jedoch hatten sich trotz Einladung nur wenige eingefunden und die wenigen zogen sich bald zurück, was bei der drückenden Hitze und noch dazu im „Faulen“ Felze nicht anders zu erwarten war. Sonst verlief der Nachmittag in gemühtlicher Weise.

**Dortmund.** Auch hier haben sich die strebsamen Buchdrucker zusammengefunden, um eine Gruppische Vereinigung zu gründen, welches denn auch am 17. Juli geschehen ist. Es sind bis jetzt über 40 Mitglieder angemeldet, wogu hoffentlich noch eine recht stattliche Anzahl

hinzukommt. Etwaige Zusendungen wolle man an den 1. Vorsitzenden Albert Lemte, Dortmund, Dippelstraße 42, senden.

**M. Glas.** Unser Bezirks-Johannisfest wurde am 19. Juli in Waldenburg i. Schlef. gefeiert, die in zehn Kreisen zerstreut wohnenden Kollegen dadurch zusammengeführt und durch dieses Zusammensein sicher auch der Korpsgeist gefördert. Sammelplatz war die Brauerei Altwasser in der Nähe des Bahnhofs. Von hier aus brach man um 9 Uhr auf nach dem Bergschloß in Ober-Altwasser. Der allbestehte Bezirksvater Kollege Anders begrüßte die Festteilnehmer mit herzlichen Worten, dabei zeigend, daß er nicht nur das Herz, sondern auch den Mund auf dem rechten Fleck hat. Der mit den Arrangements betraute Borort Waldenburg hatte in vorzüglicher Weise für Unterhaltung, auch Preisschießen für Herren und Preisspielfest für Damen usw. gesorgt. Mittags wanderte jedermann alles nach dem Schützenhanje in Waldenburg zur Festtasel. Kollege Anders widmete mit beifällig aufgenommenen Worten sein Hoch dem Verbände. Fünf Festlieder (Altwasser, Freiburg, Glas, Neunrode und Waldenburg) sorgten für Unterhaltung während der Tafel. Weitere Gesangsvorträge, eine Verlochung und Tanz füllten die folgenden Feststunden aus, bis die Pöln einen nach dem andern entführte. Den bewährten Festarrangeuren im Bororte Waldenburg sei hiermit der Dank aller Teilnehmer gezollt.

**Hamburg.** (Norddeutscher Maschinenseherverein.) In der am 26. Juli abgehaltenen Generalversammlung wurde zunächst beschlossen, dem Brandenburgischen Maschinensehervereine an die Hand zu geben, die geeigneten Persönlichkeiten zur Zentralkommission zu wählen. Ferner stand noch die provisorische Geschäftsordnung für die Zentralkommission zur Beratung und wurde dieselbe mit einigen redaktionellen Veränderungen genehmigt. Darauf erfaßte der Kassierer die Abrechnung vom zweiten Quartal. Die Restanten seien auch an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht, ihre Beiträge halbmöglichst einzusenden. Der Antrag des Vorstandes: Der monatliche Beitrag ist ab 1. Oktober von 50 auf 30 Pf. herabzusetzen, rief eine längere recht lebhafte Debatte hervor. Man begründete diesen Antrag damit, daß durch eine Herabsetzung des Beitrages es solchen Mitgliedern des N. M. V., die sich außerdem zu einer Lokalvereinigung zusammengeschlossen, ermöglicht werde, einen kleinen Betrag ihrer eigenen Kasse zuzuführen. Der Antrag wurde genehmigt. — Die zur Debatte gestellten technischen Fragen betrafen Fehler an einer neu aufgestellten Zweibuchstabenmaschine (Kinotype). Da die Ausführungen des Vorsitzenden von allgemeinem Interesse sind, seien dieselben hier wiedergegeben. In einer hiesigen größeren Zeitungsdruckerei, die bisher vier Kinotypen im Betriebe hatte, wurde eine fünfte Kinotype aufgestellt. Die Matrizen spielten schon vom ersten Tage an. Der Sezer konnte aus diesem Grunde nicht gut die Schuld aufgebürdet werden. Wo lag der Fehler? Die obere Scheibe zur Feder des ersten Ausschließhebels rieb sich, während das Ausschließen vor sich ging, am daneben liegenden Hebel des ersten Elevatorstättens. So konnte die Feder natürlich nicht mit dem nötigen Drucke arbeiten, Spieße mußten die Folge sein. Nachdem dem Uebel abgeholfen, gab es keine Spieße mehr. Ein weiterer Fehler war der, daß sehr oft, hauptsächlich wenn fette Schrift gesetzt wurde (bei hochgestellten Matrizen) der erste Elevator beim Hochgehen nicht hoch genug kam, wodurch die Maschine stehen blieb. Auch diese Störung war die Folge schlechter Montage: 1. war bei der oberen Führung des ersten Elevators die Führungsschiene zu weit nach vorn, so daß eine zu starke Reibung verursacht wurde, 2. war das verstellbare Führungsglied an der oberen Führung des ersten Elevators zu hoch angebracht, so daß die hochgestellten Matrizen schwer ausgehoben wurden, 3. funktionierte die zweite Führungsschiene des ersten Elevators schlecht, verursacht durch Rost. Der erste Fehler wurde dadurch beseitigt, daß ein dünner Kartonstreifen oben zwischen Führungsschiene und Eisenkonstruktion geschoben wurde, der zweite Fehler dadurch, daß man neben den beiden Schrauben zwischen dem Führungsgliede, an dem die Ausschlaghülse für die Bewegungsscheibe zur zweiten Justierschiene des ersten Elevators sind, und der Eisenkonstruktion je eine kleine Nistepettlinie schob. Der dritte Fehler entstand dadurch, daß an der Maschine mit hoch brennendem Gießmündwämer gearbeitet werden mußte. Während des Gießens schlug die Flamme selbstverständlich gegen die Gießform und der nach dem Verbrennen des Gases erzeugte Wasserstoff verfrüchte durch die Festflüßche an der Gießform und erzeugte am unteren Teile des ersten Elevators bzw. an der zweiten Justierschiene Rost. Diesem Uebel ist dadurch abzuhelfen, daß man die Festflüßche an der Gießform etwa halb voll Asbest stopft, so daß ein Verschluß gebildet wird. Ein weiterer Fehler an der Maschine war der, daß der konische Stift zum Mitnehmerstift des Gießtrages nicht richtig war, wodurch das kleine Triebrad des Gießtrages und selbstverständlich auch das Gießrad, zum Stehen gebracht wurden, die Maschine aber weiter lief, bis der Auslöschstätt gegen das Gießrad stieß. Die Sezer, die an der Maschine arbeiteten, konnten auf Grund einer mehrjährigen Erfahrung an der Sezmachine der Störungen Herr werden. Hier muß man aber die Frage aufwerfen: Wie wäre es Kollegen ergangen, die etwa nach vier- bis sechsständiger Anlernung durch einen Instruktoren an der Maschine hätten arbeiten müssen? Da sie doch etwas zur Beseitigung der Störungen hätten unternommen

(Fortsetzung in der Beilage.)

# Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

## Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

müssen, hätten sie, wie man so zu sagen pflegt, „gedoktort“. Wie viele Kollegen mögen schon aus diesem Grunde als Anhänger an der Maschine Schiffbruch erlitten haben? Denn so wie diese Maschine werden viele montiert sein. Hier konnten die erfahrenen Seher den Beweis führen, daß die Maschine fehlerhaft war, denn nach den von ihnen getroffenen Änderungen funktioniert die Maschine tadellos. Die Tatsache, daß die betreffenden Seher schon im selben Geschäft an anderen Maschinen mehrere Jahre zur Zufriedenheit der Geschäftsleitung gearbeitet hatten, ließ den Verdacht nicht aufkommen, daß dieselben untüchtig seien. Ein früher bei dieser Sehmashinenfabrik beschäftigt gewesener Mechaniker erklärte: Wenn er sich nicht überzeugt hätte, daß tatsächlich die Fehler auf Versehen bei der Montage beruhten, so hätte er, als Angestellter der Fabrik annehmen müssen, daß die Fehler durch Unkenntnis der Seher entstanden seien, denn er hätte unbedingt bezweifeln müssen, daß die Maschine mit solchen Fehlern abgeliefert sei. Man sieht hieraus, wie leicht ein junger Maschinenführer das Opfer eines tatsächlich falschen Gutachtens eines Angestellten der Fabrik werden kann. Nachdem in einem Artikel im Corr. von den vielen untüchtigen Elementen unter den Maschinenführern gesprochen ist, die nichts an der Sehmashine zu suchen haben, ist es Pflicht, auch einmal diese Tatsachen hervorzuheben. Man muß sich wundern, daß viele Firmen ihre tüchtigen und erprobten Seher lieber gehen lassen, als daß sie ihnen eine Gehaltsaufbesserung gewähren. Gibt es doch Firmen, die ständig Maschinenführer suchen, selbstverständlich unter der Devise: „Billig, billig!“ Nichts ist aber für die Sehmashine gefährlicher, als wenn eine Anzahl „billiger“ Arbeitskräfte an ihr den Beweis zu erbringen versucht, daß sie Maschinenführer sind. Es wurde von mehreren Kollegen ergänzend zu diesen Ausführungen gesprochen. — Der Inhalt der im Buch- und Steindruck veröffentlichten Berichte über die in unsern Vereinen behandelten technischen Fragen wurde einer Kritik unterzogen. Der Vorstand hat mit der Berichterstattung nichts zu tun. Da der Berichtstatter über die bisher ausschließlich die Linotype betreffenden Fragen ein Typographseher ist, ist es nicht zu verwundern, daß die Berichte bei Linotypesehern Kopfschütteln erregten. — Sieben Kollegen (vier aus Hamburg, drei aus Kiel) wurden noch in dieser Versammlung aufgenommen.

**Wg. Königsberg i. Pr.** In der am 21. Juli abgehaltenen Ordentlichen Monatsversammlung gab der Vorsitzende den Tod des Buchdruckereibesetzers Hugo Bernstein-Berlin bekannt; Herr W. habe sich in tariflicher Hinsicht sehr verdient gemacht und hat deshalb, daß die Anwesenden sich zu Ehren des Verstorbenen von den Sigen erheben. Ferner wurde der Ausschluß der Kollegen: Adolf Brombach, Emil Dubinski und W. Czerniewicz bekannt gegeben. Letzterer nahm eine unartikelmäßige Konnotation bei Kraufenen in Gumbinnen an. Der bekannte Gutenberg-Büchler Hermann, welcher Geschäftsführer bei genannter Firma ist, hat den Inhaber bis jetzt noch nicht zu einer schriftlichen Anerkennung des Tarifses bewegen können. (Bei R. stehen etwa 25 Gehilfen, welche sämtlich dem Gutenberg-Bunde angehören!) Sodann erwähnte der Vorsitzende einen Artikel aus dem Typograph bezieht auf Ostpreußen, welcher der Deutschen Buchdrucker-Zeitung entnommen ist und die Generalversammlung des Vereins der Buchdruckereibesetzer Ost- und Westpreußens betrifft, worin es heißt: Herr Siebert-Memel berichtete über seine Erfahrungen mit der Anerkennung des Deutschen Buchdrucker-Tarifses. Einwendungen hätte der „Verband“ bei ihm erhoben wegen des Haltens von Seherinnen und habe er versprochen, die Hälfte derselben zu entlassen, wenn er dafür Lehrlinge einstellen könne, wogegen nichts eingewendet worden sei! Der Vorsitzende erklärte dazu, daß Herr Siebert niemals derartige Konzeptionen vom Gaudiorstande gemacht worden seien noch je gemacht werden können. — Da der bisherige Schriftführer Königsberg verlassen hat, mußte zur Neuwahl geschritten werden und wurde der bisherige Bibliothekar, Kollege Fritz Guppe, mit sehr großer Mehrheit zum Schriftführer und Kollege Gustav Brombach als Bibliothekar gewählt. Vom Vorsitzenden wurde noch die treue Pflichterfüllung des Kollegen Karl Vogel als Gau- und Ortsvereinsführer gerühmt und dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß es ihm in seiner neuen Stellung in Tiffit recht gut ergehen möge. — Das Jubiläumsest wurde am 27. Juni vom hiesigen Ortsvereine gemeinsam mit der Typographia durch einen Ausflug nach dem reizend gelegenen Seebade Neuhagen gefeiert. Das Fest, welches vom prächtigsten Wetter begünstigt wurde, nahm bei Gorgesang, Gratzkerloosung für Damen, Preiswettkampf für Kinder und Tanz den herrlichsten Verlauf. Ungefähr 700 Personen hatten sich an dem Ausfluge beteiligt. — Herr Balkotte erfreute uns am 10. und 11. Juli durch die Rezitationen von Vor Sonnenaufgang und Einöck Urden mit Begleitung des Pianisten Herrn Wie-

gand. An beiden Abenden hatten sich je etwa 350 Personen eingefunden. Die ziemlich große Beteiligung und der reiche Beifall gaben Zeugnis von der Beliebtheit des Herrn Balkotte, welche er sich in hiesigen Kreisen erworben hat.

**Leipzig.** (Stereotypen- und Galvanoplastiker.) In der Versammlung vom 17. Juli erstattete Kollege Dieke namens der Kommission Bericht über die Entwicklung der Tarifbewegung in unserm Gewerbe in Leipzig. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß die Kommission den Prinzipalen mittels Zirkulars die Beschlässe des Hamburger Delegiertentages, die genau dem deutschen Buchdrucker-Tarif angepaßt sind, unterbreitete und um Anerkennung derselben ersuchte. In den Antwortschreiben verschiedener Druckereibesetzer wurde die Kommission an die Zinnung verwiesen, was auch nach persönlicher Rücksprache des Kollegen Dieke mit den betreffenden Firmeneingabern immer wieder betont wurde. Die Chefs der Spezialfirmen aber antworteten dahingehend, daß diese uns bald Nachricht zukommen lassen wollten, auf welche bis heute noch erwartet wird, trotzdem gerade diese Herren verschiedentliche vertrauliche Besprechungen seit Anfang Juni gehabt haben, von dem aber noch nichts in die Öffentlichkeit gebrungen ist. Ein Schreiben an die Zinnung Leipziger Buchdrucker-Besitzer hatte den Erfolg, daß dieselbe sich nach den Ferien mit unsrer Sache beschäftigen wollte. Die Versammlung sprach in einer Resolution ihre Zufriedenheit über die Tätigkeit der Kommission aus und verzprach bis nach den Ferien eine abwartende Stellung einzunehmen. Den auswärtigen Spezialkollegen möchten wir es aber zur Pflicht machen, Leipzig bis zu diesem Zeitpunkt zu meiden, um uns die Sache nicht noch mehr zu erschweren. — Hiernach wurde beschlossen, unser Stützungsfest am 22. August in der Grünen Schenke abzuhalten.

**s. Osnabrück.** Der in Nr. 86 des Corr. enthaltene Bericht über die hier am 19. Juli abgehaltene Bezirksversammlung gibt der Redaktion bei der Besprechung über die Einführung der Sehmashine und die damit verbundenen Arbeitsentlassungen im Köpplingischen Geschäft Veranlassung zu einer Bemerkung, welche die Kündigung von zwölf Sehern wegen Einführung der Maschine in Zweifel zieht und zugleich die Wiedergabe dieses an sich gewiß sehr traurigen Vorkommnisses als eine Reklame für die Sehmashinenfabrik stampeln möchte. Zur Bestätigung des Geschilderten muß hier nun nochmals konstatiert werden, daß während der Aufstellung der Maschinen im betreffenden Geschäft acht Mann und am nachfolgenden Tag wiederum vier Mann, also zusammen zwölf Mann gekündigt wurden. Zwar befinden sich unter den zwölf Bekündigten drei zur Zeit arbeitsunfähige Kranke, für welche von der Geschäftsleitung Ersatzmänner eingestellt waren, und wurden sowohl die Kranken, als auch die für dieselben eingestellten Ersatzkräfte von der Kündigung betroffen und reduzierte sich sonach die Zahl der eigentlich von der Maschine Verdrängten von zwölf auf neun. Ob bei einem oder dem andern der Bekündigten nun noch ein weiterer Grund zur Kündigung vorhanden war, läßt sich schwerlich kontrollieren und entzieht sich auch der allgemeinen Kenntnis, jedenfalls wäre ohne die Einführung der Sehmashine eine derartige Massenentlassung in dem betreffenden Geschäft nicht erfolgt. Wenn nun die Redaktion aus den geschilderten Tatsachen eine Reklame für die Maschinenfabriken herauszieht, so ist das eben ihre Sache, jedenfalls liegt für uns durchaus kein Grund vor, derartige Vorkommnisse zu verschweigen oder zu bemänteln, und siehe es doch — wenn solches wirklich geschähe — mit offenen Augen nicht sehen wollen oder, wie man wohl sagt, Vogelstraußpolitik treiben. Ob nun die beiden in Frage kommenden Maschinen auf die Dauer die Arbeitskraft der konditionslos gewordenen Kollegen ersetzen können, das steht auf einer andern Seite und muß sich dieses ja in Wäde entscheiden. Hoffentlich — und das steht auch für jeden einigermaßen Eingeweihten ziemlich fest — wird sich die Geschäftsleitung des betreffenden Geschäfts doch noch wohl dazu bequemen müssen, neben ihren beiden „Eisernen“ wiederum einige Kollegen von Fleisch und Blut zur Fertigstellung ihrer Arbeiten heranzuziehen und braucht dieshalb nun gerade auch nicht ängstlicher in die Zukunft gesehen zu werden, als gerade notwendig ist.

Anmerkung der Redaktion: Wir haben vorstehender Replik unbedürftig und unverändert Aufnahme gewährt und stellen fest, daß auch diese zweite Darstellung sich keineswegs durch Klarheit auszeichnet. Die Hauptsache, ob die Maschinen in ein, zwei oder drei Schichten arbeiten, ist wiederum übergegangen, die Zahl der eigentlich von den Maschinen Verdrängten wird aber schon von zwölf auf neun reduziert. Uns kommt es namentlich auf diese fehlende Feststellung an, damit die nackte Mitteilung: in Osnabrück sind durch zwei Sehmashinen zwölf Seher überflüssig geworden, nicht zu einem der beliebten Reklame-mäandern ausgebeutet wird.

## Rundschau.

Wie wir bei Schluß der Redaktion aus dem Berliner Vorwärts ersehen, hat am Donnerstagnachmittag voriger Woche der ganze Betrieb der Firma Rudolf Mosse in Berlin eine zeitlang geruht. Es waren wegen Berechnung des Reichs-Adressbuches Differenzen ausgebrochen; die Firma versucht schon seit Anfang Juni den vereinbarten Baujahrpreis herabzudrücken, was jetzt wieder, nur in weit größerem Umfang geschehen sollte, wodurch der Konflikt nun perfekt wurde. Verschärft wurde die Situation durch die Weigerung des technischen Leiters, das Tarif=Schiedsgericht anzurufen (dessen Prinzipalbesitzer er ist) und den Berliner Gauvorstand als zum Eingreifen berechtigt anzuerkennen. Nachdem diese beiden Voraussetzungen erfüllt, wurde die Arbeit wieder aufgenommen, bezüglich der Differenz beim Berechnen werden Verhandlungen zwischen der Geschäftsleitung und einer Kommission gepflogen.

Ein Schriftsteller in Düsseldorf konnte es nicht überwinden, daß ein junges Mädchen seine Liebesanträge zurückwies und einem andern Gebör gab. Er hatte sich einen Revolver zugelegt und schoß nicht nur auf das Mädchen und deren Liebhaber, die er beide schwer verletzten, sondern richtete die Waffe auch gegen sich selbst; er dürfte schwerlich mit dem Leben davonkommen.

Der Vorstand der deutschen Dichter-Gedächtnisstiftung, deren Zweck es ist, hervorragenden Dichtern durch Verbreitung ihrer Werke ein Denkmal im Herzen des deutschen Volkes zu setzen, hat beschlossen, in diesem Jahre 1500 Bände von Rosseggers Schriften an Volksbibliotheken zu verschicken. Besonders sollen kleinere Dörfer in Deutschland, Oesterreich und der Schweiz berücksichtigt werden. Im Auftrage der Stiftung wurde von dem Schriftsteller Lottig eine Einleitung zu diesen Dichtungen geschrieben, die ebenso wie das Bild Rosseggers in je einen Band dieser Exemplare mitgebunden wird. Rossegger feierte am 31. Juli seinen 60. Geburtstag.

Das preuß. Kammergericht befand, daß die Polizei von einem Vereine, dessen Statut in polnischer Sprache abgefaßt ist, verlangen könne, daß ihr dieses Statut in deutscher Sprache eingereicht werde. Das Landgericht hatte demgegenüber das Statut als eine Urkunde erklärt, die im Original einzureichen sei. Merkwürdig, daß diese Auffassung als irrig bezeichnet wird. Wenn die Polizei die etwa bei ihr eingereichte Uebersetzung des Statuts zurückgewiesen hätte, weil diese nicht das Statut selbst, sondern eben nur eine Uebersetzung sei, so würde man dies verstanden haben, aber nicht umgekehrt. Warum läßt die Polizei die Uebersetzung nicht selbst besorgen?

Die Zahl der öffentlichen Versammlungen in Berlin war noch nie so groß als in diesem Jahre, wozu natürlich die Reichstagswahlen die Veranlassung gewesen sind. So fanden nach einer jetzt bekannt gegebenen Statistik in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Mai in Berlin nicht weniger als 4813 öffentliche Versammlungen statt, von denen selbstamerweise nur 1402 polizeilich überwacht wurden. Die während der fünf Monate stattgefundenen Versammlungen repräsentieren durchschnittlich pro Tag 32.

Die in Würzburg abgehaltene Generalversammlung der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler beschloß mit 47 gegen 22 Stimmen die Umwandlung derselben in eine Zuzufuhrkasse.

In Bankreisen trifft es weiter. In Dresden wurde der Inhaber des in Liquidation befindlichen Bankhauses Kochs Nachf., der Geh. Kommerzienrat Viktor Hahn, in Haft genommen. Derselbe gehörte zu den angesehensten und einflussreichsten Personen der Dresdner Gesellschaft und saß bei 30 Aktiengesellschaften im Aufsichtsrate. Zu dem Sturze des von ihm geleiteten Bankhauses, der bereits vor Jahr und Tag erfolgte, trugen in der Hauptsache waghalsige Boden speculationen bei. Bei der Liquidation scheint sich nun ein so gravierendes Schuldvergehen, namentlich die Veruntreuung von Depositionen, ergeben zu haben, daß die Staatsanwaltschaft es für geraten hielt, ihn in Nummer Sicher unterzubringen.

Die Bewegung der Straßenbahner in Dresden setzte ziemlich scharf ein, verlief aber durch das Eingreifen des Oberbürgermeisters in für die beteiligten Arbeiter zufriedenstellender Weise. Nach den getroffenen Vereinbarungen darf die Beschäftigung von Angefallenen und Beibehalten als Motorwagenführer und Signalmüller während eines Zeitraumes von drei Wochen nicht mehr als 200 Stunden, während ein und desselben Tages, ohne mindestens zweistündige Zwischenpause, nicht mehr als zehn Stunden, bei Gewährung einer derartigen Pause aber auch nicht mehr als zwölf Stunden betragen. Nur einmal innerhalb sieben Tagen ist die Erhöhung der

Dienstzeit auf vierzehn Stunden zulässig. Der ganze Tagesdienst soll nur von einer Pause unterbrochen werden; auch muß ihm eine geschlossene Ruhepause von mindestens acht Stunden folgen. Im Dienstplane sind die Zeiten vor und nach dem eigentlichen Fahrdienste, während denen das Personal zur Stelle sein muß, mit aufzuführen. Pausen von einer halben Stunde und weniger sind als Dienstzeit zu rechnen. Den Führern und Signalwärtern sind innerhalb drei Wochen drei Dienstpausen von mindestens je 28 Stunden zu gewähren. Vorschriften über die Beschäftigungsdauer des übrigen Betriebspersonals bleiben vorbehalten. Auch im Straßhämmer ist eine wesentliche Besserung eingetreten. Eine von etwa 1100 Personen besuchte Versammlung nahm diese Abmachungen einstimmig an. Als Ungünstige verbleiben nur die Schafmacher, welche in der Presse auf die Direktion in bekannter Weise einzuwirken suchten.

In Straßburg streikten 120 Holzarbeiter, während 250 sich der Anerkennung ihrer Forderungen erfreuen. — Bei der Weltfirma Siemens-Schubert (früher Siemens & Halske) in Berlin kam es zu einem partiellen Streik, an dem etwa 120 Mann beteiligt waren. Seit Monaten wurde durch Ueberstunden die tägliche Arbeitszeit von 8 $\frac{1}{2}$  auf 12 Stunden verlängert. Vorstellungen dagegen fruchteten nichts, die Arbeiter wurden durch Verprechungen hingehalten, ja es fanden sogar dieserhalb einige Maßregelungen statt. Schließlich wies man die Leute an den „Waisenrat“, eine Art Arbeiterausschuß, der gar nicht mehr existiert. Die angebotene Vermittlung des Metallarbeiterverbandes wurde abgelehnt. Daraufhin erfolgte die Arbeitseinstellung. Nun griff die Generaldirektion ein und stellte den Frieden insofern her, als den Arbeitern versprochen wurde, den geringsten Minderstand abzulassen. Als die Streikkommission die Lohnlisten vorlegte, soll man auf der Generaldirektion erkannt gewesen sein, daß die Arbeiter so wenig verdienen; die Schuld wurde auf die Meister geschoben. Ob dieses Erkennen die Löhne verbessern wird? — Im Eisen- und Stahlwerke Hannover-Linden kam es wegen Einführung des Stückaccords für die Stahlformer zum Streik, dem sich auch 45 Kernmacher usw. angeschlossen. Die Direktion ließ sich herbei, einen garantierten Stundenlohn von 40 Pf., für Ausgelernte 35 Pf. zu bewilligen und eine vorherige Vereinbarung über den Accordpreis zuzugestehen und beendete damit den Ausstand. Daß ein solcher Pappapian wollen erst gestreift werden muß! — In Rußland besetzte es einem Hrenfabrikanten, 41 seiner organisierten Arbeiter zu entlassen; 40 nicht gefindliche erklärten sich mit den ersteren solidarisch. — Auch bei der Ausperrung in Kassel handelt es sich um Bekämpfung der Organisation. Den Malern und Anstreichern wurde ein Reviers vorgelegt, der den Austritt aus dem Verbands zuseht; 60 sind dieser Zumutung gefolgt, sie haben unterschrieben und arbeiten nun neben 70 dem Verbands nicht angehörigen Berufsgenossen weiter, während 325 ausgesperrt sind. Von den Maurern feiern in Kassel etwa 1200; diese haben beschloffen, die Wiederaufnahme der Arbeit von einer Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit abhängig zu machen. — In Plauen i. V. dauert der Mauererstreik ungeschwächt fort. Der Zugang vermag den Bedarf nicht zu decken. Auch im Streiklager der Tischler daselbst ist keine Veränderung eingetreten. Die Unternehmer verlangen bedingungslos Unterwerfung, während die Arbeiter nach wie vor auf ihren Forderungen bestehen. Die Polizei ist eifrig bemüht, nach sogenannten Streikführern zu suchen und soll bereits eine erhebliche Zahl solcher aufgetrieben haben. Die erste Serie — drei Maurer — stand dieser Tage vor dem Schöffengerichte. Das Ur-

teil lautete für zwei derselben auf je drei, für den dritten auf vier Wochen Gefängnis. Die Straftaten bestanden in Redensarten, von denen man in gewöhnlichen Zeiten kaum Notiz nimmt. — In Mainz ist die Aussperrung der Zimmerleute zu Ende. Die Arbeit wurde bedingungslos aufgenommen. — Auch der Streik bei Westlich in Berlin mußte aufgegeben werden; der Abfall der Hirsch-Dunderschen machte denselben reaktlos. Ebenfalls auch der Ausstand bei der Firma Schöning mit gleichem Resultate. — In Nürnberg streikten 80 Arbeiter einer mechanischen Spielwarenfabrik.

In Unna (Lungarn) sind 3500 Bergleute ausständig. In Odessa streikten die Personale mehrerer Fabriken wegen Lohnänderungen, ferner die Straßenbahner.

In Tiflis streikten die Handlungsgehilfen, Fleischer und Schriftsetzer. Letztere scheinen nach drei Tagen die Arbeit wieder aufgenommen zu haben, da die Zeitungen wieder erschienen sind. Ebenso haben sich die Kellner, die sich dem Ausstande ebenfalls angeschlossen, die Arbeit nach Vertändigung mit ihren Prinzipalen wieder aufgenommen. Dagegen sind die Straßenbahner und Eisenbahner noch im Ausstande, jedoch wird der Verkehr aufrechterhalten.

#### Gingänge.

Deutscher Buch- und Steindrucker, Monatlicher Bericht über die graphischen Künste mit der Unterhaltungsbeilage Graphische Feiertunden. Verlag Ernst Morgenstern, Berlin W 57. Heft 10. Preis pro Jahrgang 7 Mk., pro Heft 65 Pf.

#### Briefkasten.

M. in Arnberg: Sie seien, wir sind Ihrem Wunsch gerecht geworden. Wenn Sie aber noch einmal Vor- und Rücksicht beschreiben und obendrein Korrespondenz und Verbandsnachrichten nicht getrennt halten, werden Sie uns unzugänglicher finden. — H. in Fürth: Während der Militärdienst ruhen alle Pflichten und Rechte eines Mitgliedes; im übrigen hat der betreffende mit einer derartigen Ausnützung seines Urlaubes wenig kollegial gehandelt. — H. L. in Norderney: Die Trennung von Eigennamen soll möglichst vermieden werden, wenn aber nicht zu umgehen, ist wohl die im konkreten Falle angewandte Teilung die einzig zulässige. — Anonymus in Würzburg: Ueber eine event. Ausnahme Ihrer Einsetzung kann erst nach Bekanntwerden Ihres Namens gesprochen werden. — Alex. Schlichte & Co. in Stuttgart: Sie werden doch wohl gestatten, daß für uns der Tarif nebst Kommentar maßgebend ist, alwo deutlich zu lesen: „Tarifliste ist derjenige Prinzipal, welcher den Tarif beim Tarif-Amt schriftlich anerkannt hat und derjenige Gehilfe, welcher nachweislich aus einer tariftreuen Druckerei kommt.“ Daß man Sie auf diese Bestimmung nicht aufmerksam gemacht hat, ist sehr bedauerlich, aber doch nicht unrecht. Wir wollen gern die bei Ihnen herrschenden Arbeitsverhältnisse als vorzüglich anerkennen, wenn aber Gewerkschaftsblätter jede Neuausgabe des Verzeichnisses der den Tarif offiziell anerkennenden Firmen mit Worten höchsten Lobes begrüßen, die mit deren Herstellung beauftragten Druckereien selbst aber in diesem Verzeichnis nicht aufgeführt sind — wie finden Sie das? Im übrigen haben wir gerade Ihre Angelegenheiten immer wohlwollend behandelt, der Ton Ihres Schreibens scheint nun eine ganz besondere Art der Anerkennung dafür sein zu sollen. — Gust. Hartmann in Berlin: Wir nahmen von Ihrem Schreiben dankend Kenntnis, sind jedoch bezüglich des Düsseldorf Gewerkschaftsbotsen genau orientiert. Es wird um Angabe der Adressen von Korrespondenzbüros gebeten, welche für kleinere Zeitungen brauchbares Material liefern.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung.

Bei Konditionsangeboten im Inlande wie im Auslande haben die Mitglieder im eignen Interesse unter allen Umständen bei den zuständigen Verbandsfunktionären Erkundigungen über die tariflichen Verhältnisse einzuziehen. Im Unterlassungsfalle haben die Betreffenden die hieraus entziehenden Konsequenzen sich selbst zuzuschreiben. — Bei Konditionsangeboten nach dem Auslande sind Anfragen an die Zentralverwaltungen zu richten, und zwar für die deutsche Schweiz an Emil Pfister, Bern, Friedbad 41; die romanische Schweiz an Marius Corbaz, Lausanne, Chalet du Midi, chemin Zurigoz; die italienische Schweiz an F. Balzani, Lugano, piazza Liceo 60; Elsaß-Lothringen an Alphonse Schmoll, Straßburg, Brunngässchen 5; Oesterreich an Franz Reismüller, Wien VII/1, Zieglergasse 25; Belgien an Arthur van Haefendont, rue de Collee 180, Zwellès, Brüssel. Ungarn an Julius Peidl, Budapest VIII, Stahly-utca 7; Preßburg an Samu Löwy, Preßburg, Michaelergasse 16; Holland an S. Fols, Amsterdam, Bloemstraat 60 hüz; Dänemark an Viktor Petersen, Kopenhagen, Nybrogade 12 K. Berlin.

### Der Verbandsvorstand.

Bezirk Sieben. Da der Kassierer N. Strohwig in der Zeit vom 3. August bis 12. September am Orte nicht anwesend ist, eruchen wir, alle die Kassengeschäfte betreffenden Angelegenheiten während dieser Zeit an den Vertreter Adolf Henkel, Ederstraße 4, gelangen zu lassen.

Arnberg. Der Vorstand des neugebildeten Ortsvereins setzt sich wie folgt zusammen: Jos. Hübner, Bahnhofstraße, Vorsitzender; Eugen Demmel, Steinwegstraße, Kassierer; Wilhelm Klieber, Schriftführer; Wilhelm Grebe, Beisitzer.

Guben. Der Vorstand besteht aus den Kollegen Paul Enderley, Alte Poststraße 11, Vorsitzender; Max Hirsch, Spruderstraße 1 b, Kassierer; Christian Koch, Schriftführer.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Hof der Sezer Emil Oswald Kraftell, geb. in Meerane 1870, ausgl. das. 1888; war noch nicht Mitglied. — In Straubing die Sezer I. Anton Böhme, geb. in Forchheim 1833, ausgl. das. 1901; 2. Meinrad Stiedl, geb. in Fraibersdorf 1884, ausgl. in Weiraun 1900; 3. der Drucker Georg Dambek, geb. in Arnstorf 1882, ausgl. in Wittmoning 1901; waren noch nicht Mitglieder. — Ludwig Zoeltich in München, Muenstr. 22, I. r.

In Konstanz der Schweizerdegen Konrad Hauser, geb. in Konstanz 1883, ausgl. in Engen 1903; war noch nicht Mitglied. — Chr. Holz, Scheffelstraße 11.

In Heßelt der Sezer Johann Volken, geb. in Süchteln 1881, ausgl. das. 1899; war noch nicht Mitglied. — Gustav Murmann in Krefeld, Blumenstraße 94.

In Brigen Adolf Roedel, geb. in München 1878, ausgl. das. 1896; war schon Mitglied. — Karl Verreiter in Innsbruck, Museumstraße 35, IV.

In Linz der Schweizerdegen Josef v. Eiberg, geb. in Kremsmünster (O.-Uest.) 1882, ausgl. in Mindelheim (Bayern) 1900; war schon Mitglied. — F. Kirchberg in Linz-Altstadt 4, I.

**München.** Für eine vollständig modern eingerichtete Buchdruckerei, 2 Maschinen mit Kraftbetrieb, in sehr guter Lage der Stadt, mit guter Stadt- u. Landkundschaft, wird ein

### Teilhaber

mit 2000 bis 3000 Mk. Einlage sofort gesucht. Das Geschäft ist event. auch zu verkaufen. Werte Offerten unter „Drucker 24“ postl. Postamt 20 (Elvirapost), München, erbeten. [548]

### Stiller Teilhaber

(fl. redakt. etw. bef. Schweizerb. od. Seher) mit 1000 bis 1500 Mk. Einlage per 1. oder 15. Sept. in angenehme Position in Kleinstadt gesucht. Werte Off. unter S. W. 17 postl. Leipzig erb. [558]

### Eilt!

Zum Verkauf von Zigarren an Wirt und ufo. wird ein tücht. Agent gesucht, gleich wo wohnt. Vergütung ev. 250 Mk. pro Monat oder hohe Provision. A. Reck & Ko., Hamburg. [558]

### Lebensrente

fortlaufende, steigende, sichern sich diejenigen, welche für eine große, constante Feuerversicherungs-Gesellschaft entweder durch Lebensrenten oder durch die Vermittlung des Abschluss von Feuerversicherungen bereit sind. Werte Offerten unter H. U. 103 an Hansstein & Vogler, M.-G., Berlin W 8, erbeten. [307]

### Jüngerer Galvanoplastiker

besonders im Abenden geübt sucht per sofort oder bald für dauernd [558]  
C. Schwarz vorm. Emil Hauch, Leipzig-M., Teubnerstr. 12.

## Bestes Bildungsmittel für jüngere Gehilfen! Unterrichtsbriele für Buchdrucker.

Soeben erschien: Serie A: Setzerbrief II, Titelsatz.

Zu beziehen durch Richard Härtel in Leipzig-R., Kohlgartenstrasse 48 [558]

## Maschinenmeister - Verein. \* Hamburg - Altona.

Sonnabend den 8. August, abends 9 Uhr, im Vereinslokale bei Herrn Oitz, Kaiser Wilhelmstraße:

### Monatsversammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Monatsabrechnung; 3. Geldbewilligung; 4. Technisches; 5. Berichtigendes. Um zahlreichsten Besuch ersucht Der Vorstand. [552]

### Schweizerdegen

oder auch Maschinenmeister, durchaus selbstständig im Sack und Druck, sucht sofort Stellung. Zeugnisse stellen zu Diensten. Beste Off. u. M. A. 100 Meißen, Hintermauer 22.

### Reinotypsetzer

durch fünfjährige Praxis erprobte Arbeitskraft, in ungehindigter Stellung zur Aufrechterhaltung der Firma arbeitend, wünscht baldigst seine Position zu wechseln. Werte Offerten unter P. F. 567 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Um postalfähigen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, wolle man alle für den Corr. bestimmten Geldsendungen nicht an die Geschäftsstelle oder Expedition des Corr., sondern an Conrad Eichler adressieren.



Man verlange gratis und franco die neu erschienenen 36seitige Preisliste. Hermann Sachse, Halle a. Saale Fachgeschäft für Druckereien. Ludwig Wuchererstr. 57.

### Buchdruckerheim.

Unterzeichnetem empfiehlt sich den geehrten Kollegen ganz ergeben. Für gutgepflegte Getränke und vorzügliche Speisen ist stets gesorgt. Corr. liegt aus. [556] Emil Schmidt, Schöneberg bei Berlin Ebersstraße 68.

### Buchdruckerwappen

als Vereinsabzeichen, 36 mm gross: vergoldet . . . . . 90 Pf. versilbert . . . . . 80 „ vernickelt . . . . . 70 „ vergoldet (kleiner) . . . . . 60 „

### Graphische Verlags-Anstalt

P. Goldschmidt, Halle a. Saale. Graphischer Anzeiger gratis und franko.

Am 29. Juli starb unser wertres Mitglied, der Setzer

### Johann Späth

aus Eberhardreuth im Alter von 86 Jahren an Lungenerkrankung. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Mitgliedschaft München. [561]

### Richard Härtel, Leipzig-R.

Kohlgartenstrasse 48 liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten. Gehees Fremdwörterbuch. Unter Berücksichtigung d. amtlichen Erlasse über Verbenbildung der Fremdwörter und der neuen einheitlichen Rechtschreibung neu bearbeitet von Prof. Dr. Otto Lyon. 18. Ausgabe. 600 Durchschnitten. Alleisil Betreibungen u. Etzungen von G. Libris, Titelblättern, Ziffersteinen, Abzetteren usw. Bon Sattler, 1897. Antiquar statt 20 Mk. für 10 Mk. angeboten.